



Vernetzung
KollegInnen von
Post und Kitas
reden S. 2



Solidarität
Eine Rede beim
Schulstreik
S. 3

Was ist ver.di **aktiv**?

Wir sind eine Gruppe von gewerkschaftlich aktiven KollegInnen, die sich dem ursprünglichen Geist der Gewerkschaften verpflichtet haben. Eine Gewerkschaft muss der Zusammenschluss und Zusammenhalt der ArbeiterInnen sein, damit sie eigenständig arbeiten und für gemeinsame Ziele eintreten können.

Wir sind für eine basisdemokratische Gewerkschaft mit aktiven KollegInnen, die Verbesserungen der Arbeitsbedingungen definieren und wirkungsvoll umsetzen kann.



werde **aktiv**!

Wer sich einbringen will, dem sei gesagt, dass wir als Gruppe agieren, also bist auch **du** angesprochen. Diese Zeitung soll ein Mittel sein, dich für deine Interessen zu aktivieren, Diskussionen anzustoßen, sowie Druck für Verbesserungen zu erzeugen! Falls du diese Zeitung mitgestalten möchtest, schreibe uns einen Artikel, eine Kritik, einen Witz oder sende ein Foto an:

verdi.aktiv@gmail.com
www.verdi-aktiv.de

Haben wir dein Interesse geweckt? Dann besuche unsere offenen Treffen. Unser erstes Treffen im Jahr 2016 findet am 06.01. um 17 Uhr im ver.di-Haus (Köpenicker Straße 30) statt.

Es ist ausdrücklich gestattet und erwünscht, diese Zeitung zu vervielfältigen und/ oder weiterzugeben.



EIN TEILERFOLG

Befristung ausgesetzt!

Der Vorstand der BVG will die Befristung für den Fahrdienst ab dem 01.01.2016 für zwei Jahre aussetzen. Diese Entscheidung wurde in den verschiedenen Personalversammlungen vom Vorstand bekanntgegeben.

Das heißt: Alle Kolleginnen und Kollegen, die ab dem 01.01.2016 eingestellt werden, bekommen einen festen Vertrag mit sechs Monaten Probezeit. Das ist ein positiver Teilerfolg. Wir möchten uns bei allen KollegInnen und Arbeitnehmergremien bedanken, die sich aktiv für die Kampagne „Keine Befristung“ eingesetzt haben.

Dennoch hat diese Entscheidung zwei Haken!

Erstens: Die KollegInnen, die sich noch in der Befristung befinden, werden von dieser Entscheidung ausgenommen. Das heißt im Klartext: Sie müssen bis zum



Foto: aktiv

Ablauf ihrer Befristung warten. In vielen Gesprächen, die wir mit den betroffenen KollegInnen geführt haben, steht Enttäuschung und Unverständnis im Vordergrund. Sie sind sauer, fühlen sich benachteiligt und verstehen die Welt nicht.

Zweitens: Die Befristung wird nur für den Fahrdienst ausgesetzt. Die KollegInnen in anderen Bereichen werden weiterhin für *zwei Jahre befristet* eingestellt. Somit werden auch die Kolle-

gInnen in anderen Bereichen der BVG benachteiligt, sie sehen dies richtigerweise als Spaltung der Belegschaft. Dies kann das Betriebsklima erheblich stören!

Deshalb muss der Vorstand alle KollegInnen, die sich noch in der Befristung befinden, zum 31.12.2015 *frühzeitig entfristen* und das für alle anderen Bereiche gleichbedeutend. Alle KollegInnen und Arbeitnehmergremien der BVG sind aufgefordert, alles Mögliche zu tun, damit diese ungleiche Behandlung korrigiert wird.

Wir – **ver.di aktiv** – werden nicht locker lassen bis die Befristungen bei der BVG und auch anderswo ganz abgeschafft sind. Innerhalb der BVG können wir uns nur gemeinsam und mit unseren Arbeitnehmergremien für die „Keine Befristung“-Forderung stark machen!

Wir wollen Frieden!

zum Einsatz kommen. Zusätzlich werden noch zwei Kampfhub-



Foto: Fraktion DIE LINKE. / Flickr / Creative Commons

schauber, ein Kriegsschiff sowie Tankflugzeuge geschickt.

Basis des Einsatzes wird der türkische Luftwaffenstützpunkt Incirlik sein. Damit ist der Einsatz abhängig von jenem Land, das die derzeit erfolgreichsten IS-GegnerInnen, die kurdischen KämpferInnen im Nordsyrien (Rojava), bombardiert.

Fakt ist: die Türkei, Saudi Arabien und Katar – die Verbündeten des Westens – unterstützen den >>>WEITERAUFSEITE2>>>



>>> WEITER VON SEITE 1 >>>

IS mit Waffen. Der größte Teil des Ölschmuggels des IS läuft über die Türkei. Wenn die Bundesregierung den Terror in Syrien oder im Irak bekämpfen wollte, hätte sie dazu viele andere Möglichkeiten, ohne sich an einem völkerrechtswidrigen Krieg zu beteiligen. Eine davon wäre dem sogenannten „Islamischen Staat“ endlich den Nachschub an Waffen und Geld abzdrehen. Sie könnte mehr Druck auf die regionalen Verbündeten – besonders die Türkei, Saudi Arabien und Katar – ausüben, damit sie jegliche Unterstützung für die Terrororganisationen einstellen.

Die zunehmende weltweite Präsenz der Bundeswehr an Konfliktherden zeigt, dass Deutschland an der Neuordnung der Welt aktiv teilnehmen will. Der bisherige „Anti-Terror-Krieg“ – egal ob in Afghanistan oder im Irak – hat den Terror nur gestärkt. Auch in Syrien wird es nicht anders sein! Deshalb ist die Mehrheit der Deutschen, auch nach den Terroranschlägen in Paris, gegen Kampfeinsätze der Bundeswehr in Syrien.

Der Bundeswehreininsatz in Afghanistan hat in zehn Jahren laut dem Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) 17 Milliarden Euro gekostet. Der Bundeswehreininsatz in Syrien wird auch mehrere Jahre dauern und zusätzliche Milliarden kosten. Für den Krieg und für die Kriegseinsätze ist genügend Geld vorhanden, während es im eigenen Land immer wieder zu Kürzungen in der Daseinsvorsorge, in Kitas, im Gesundheitswesen, in der Bildung, im gesamten ÖPNV usw. kommt.

Es muss endlich Schluss sein mit der Kriegspolitik! Es muss viel mehr in den **Frieden** investiert werden!

Deshalb fordern wir:

- Bundeswehreinsätze im Ausland sofort beenden!
- Keine Waffenlieferungen in die Region!
- Das syrische Volk hat das Recht auf Selbstbestimmung!

VERNETZUNG IN DORTMUND KollegInnen ziehen Bilanz



Foto: Marco Verch / Flickr / Creative Commons



Foto: Jonas Priester / Flickr / Creative Commons



von Wolfgang Wendt
Busfahrer

Am 30.08.2015 trafen sich 50 KollegInnen aus dem gesamten Bundesgebiet, die bei ver.di organisiert sind, in Dortmund. Im ersten Tagesordnungspunkt ging es um die Auswertung der Tarifaueinandersetzungen bei der Post sowie im Sozial- und Erziehungsdienst (SuE).

Streik bei der Post

RednerInnen aus dem Paketdienst, der Briefzustellung oder der Logistik beklagten die mangelnde Demokratie bei der Streikführung. Im Bereich der Briefzentren gab es keine einzige Streikversammlung. Bei der Streikgeldauszahlung gab es massive Probleme. In dem vierwöchigen Streik hat die Gewerkschaft ver.di es nicht geschafft, alle organisierten KollegInnen zu mobilisieren – maximal ein Drittel der 100.000 Gewerkschaftsmitglieder war im Ausstand.

Insgesamt hat ver.di eine einzige Verzichtskampagne geführt. Das Unternehmen wollte eine Ausgliederung in 49 Regionalgesellschaften. Dagegen forderte die Gewerkschaft Lohnerhöhung und Arbeitszeitverkürzung. Doch diese Forderungen wurden geopfert. Die harte Haltung der ArbeitgeberInnen hätte keine andere Lösung zugelassen. Die unbefristeten Arbeitsverträge in den neuen Ausgliederungen wurde für positiv erklärt.

Das Ergebnis des Streiks wurde ohne jede Mitgliederbefragung oder Meinungsbildung vorgelegt. Diese Strategie

ist absolut kontraproduktiv für die Mitgliederbindung oder gar Mitgliedererwerb. Gerade wegen eines Gewinnergebnisses der Post AG von drei Milliarden Euro im Jahr 2014 ist die ver.di-Strategie zu kritisieren.

Sozial und Erziehungsdienst

Beim Arbeitskampf der KollegInnen in den Sozial- und Erziehungsbereichen konnten – nicht zuletzt auf Initiative von Aktiven aus der Streikbewegung von 2009 – Formen der Mitsprache von unten eingeführt werden. So fanden in einigen Bezirken tägliche Streikversammlungen statt. Allerdings wurde deutlich, dass im Verlauf des Kampfes nicht die Streikdelegiertenversammlung das letzte Wort bei den Entscheidungen hatte, berichtete Julian Koll.

So waren die KollegInnen mit der Anrufung der Schlichtung und dem damit verbundenen Streikabbruch vor vollendete Tatsachen gestellt worden. Die Streik-Delegiertenversammlung lehnte den Schlichterspruch mehrheitlich ab und setzte zunächst eine Mitgliederbefragung durch. Das Ergebnis war dann mit fast 70% für die Fortsetzung des Streiks überwältigend.

Die TeilnehmerInnen des Vernetzungstreffens schätzten ein, dass es von Seiten des Bundesvorstandes nun Bestrebungen gibt, die Beteiligung der Mitglieder an den Entscheidungen wieder zurückzudrängen. Dafür spricht, dass bisher keine bundesweite Streikdelegiertenversammlung einberufen wurde


und dass die Streikstrategie offensichtlich ohne Diskussion unter den betroffenen KollegInnen beschlossen wird.

Schlussfolgerungen

Generell wurde aus den verschiedenen Tarifrunden bei ver.di die Schlussfolgerung gezogen, dass die ver.di-Führung die Härte der Arbeitgeber unterschätze, immer noch von Sozialpartnerschaft ausgehe und Rücksicht auf die regierende SPD nehme. Dies führe dazu, dass ver.di ohne eine erfolgversprechende Streikstrategie in Tarifaueinandersetzungen gehe.

Viele KollegInnen kritisierten, dass ver.di die verschiedenen Streiks im Jahr 2015 nicht zusammenführte und damit eine große Chance verpasst hat. Es hätte gute Möglichkeiten gegeben, wenn die KollegInnen der Post, der SuE, des Einzelhandels, von Amazon und der Berliner Charité – allesamt in ver.di organisiert – gemeinsam zu einer bundesweiten Demonstration auf die Straße gegangen wären. Auch der Schulterschluss mit den KollegInnen der GDL wäre wichtig gewesen.

In der Einladung zu diesem Treffen wurde die Aussage getroffen: Wir wollen „erste Überlegungen anstellen, wie sich kritische AktivistInnen in ver.di effektiver zusammenschließen können, um sich für einen kämpferischen Kurs ihrer Gewerkschaft einzusetzen.“ Dies kam nach meiner Überzeugung in den zur Verfügung stehenden fünf Stunden viel zu kurz.

 von Aimo Belling
U-Bahn-Fahrer

Liebe Schülerinnen und Schüler! Liebe Studierende! Liebe Kolleginnen und Kollegen, egal welcher Herkunft!

Ich möchte euch die solidarischen Grüße meiner Gruppe übermitteln, der Basisgewerkschaftsgruppe **ver.di aktiv** bei der BVG.

Es ist gut, sehr gut, dass ihr hier gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit in Politik und Gesellschaft demonstriert. Es ist gut, dass ihr streikt, gegen die Entrechtung unserer geflüchteten Kolleginnen und Kollegen. Ich finde das vorbildlich!

Nicht ohne Grund hat die Politik dieses Jahr nicht nur massiv das Asylrecht, sondern auch das Streikrecht eingeschränkt. Denn der Streik ist das stärkste Machtmittel der Arbeiterklasse, er legt die Hand an das Heiligste dieser Gesellschaft: an den Profit.

Ein massiver Generalstreik könnte nicht nur das Lager- und Abschiebesystem zusammenbrechen lassen, sondern der Verschlechterung der Lebens- und Arbeitsverhältnisse insgesamt



Schulstreik am 19. November. Foto: Klasse Gegen Klasse

REDE BEIM SCHULSTREIK

Solidarität statt Konkurrenz!

Einhalt gebieten.

Aber die organisierten Beschäftigten haben auch noch andere Mittel: Wie wäre es, wenn die Besetzungen der Schiffe ihre kämpferischen, internationalistischen Traditionen wieder aufleben lassen und Flüchtende an Bord nehmen, um sie vor den tödlichen Fluchtwegen zu bewahren, auf die sie die Regierungen der reichen Länder zwingen?

Es ist eine Lüge, dass es ein gemeinsames „nationales Interesse“ von uns und unseren Bossen geben würde. Es ist zentral, dass wir gemeinsam für unsere gemeinsame Zukunft kämpfen!

Wir brauchen allgemeine Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnerhalt, zur Schaffung von ausreichend guter Arbeit für alle! Und wir brauchen eine schnelle Beseitigung von Mietwucher und

Wohnungsnot durch die Enteignung der Immobilienspekulanten und ein massives staatliches Wohnungsbauprogramm.

Eine solche Kampagne aufzubauen hat großes Potential. Es muss wieder klar werden, was in diesem Land schon viel zu lange vergessen ist: **Die Arbeiterklasse ist eins und ohne Grenzen!**

Diese Rede gibt es in voller Länge online: www.verdi-aktiv.de

Schmutzige Hände bei der U-Bahn-Reinigung

Nicht nur geht der Finanzvorstand nach Hamburg (unser Beileid an die KollegInnen der Hochbahn!), es kommt auch was von dort: Eine neue Fremdfirma namens TEREG hat Teile der U-Bahn-Reinigung übernommen. Nachdem SASSE die Ausschreibung verloren hatte, wurden die KollegInnen direkt gekündigt.

Man muss laut sagen: solcher Umgang mit Beschäftigten ist eine Schweinerei! Einige unserer KollegInnen dürfen nun (teilweise an gleicher Stelle) für die Kassen von Hochbahn AG und Vattenfall (=TEREG) schuften, statt für die Familie Sasse. Arbeitsgerät wurde von SASSE zerstört und von TEREG neu angeschafft. Immer noch herrscht ziemliches Durcheinander.

Statt solcher Rumschuberei und Spaltung der Belegschaft, sollten wir endlich mit all den profitgierigen Fremdfirmen aufräumen. Alle KollegInnen sollten bei dem Betrieb beschäftigt sein, für den sie arbeiten. Er heißt BVG.

Kreuzzug gegen den Sonntagsfrelve?

Vielleicht haben VBU-FD und die neue Chefin Grummini (wie zur Zeit leider so viele) nur völlig irrationale Heidenangst um religiöses Kulturerbe. Jedenfalls sollen die zusätzlichen freien Tage, die bei den U-BahnerInnen anfallen, zukünftig sonntags gewährt werden. Das entspricht allerdings überhaupt nicht dem, was seitens der Beschäftigten und des Personalarats zu dieser Frage vorgeschlagen wurde. Die wollten lieber 5/1 in 4/2 umwandeln. Aber das passt nicht zur heiligen Schwarzen Null ...äh... zur heiligen Tradition, natürlich. Was könnten wir trotzdem machen um das 4/2-Modell energisch rüberzubringen?

Die Milliarden, die nach Griechenland geflossen sind, wurden vor allem für die Stabilisierung des Finanzsektors verwendet. Für die Euro-Gruppe, allen voran Deutschland mit seinem Finanzminister Schäuble, waren die Kürzungen nie genug. Sie forderten immer mehr und achteten vor allem darauf, dass die Reichen in Griechenland

nicht angetastet werden.

Die Folge ist eine soziale und humanitäre Krise ohne Beispiel in Europa: Ein Drittel der Bevölkerung lebt in Armut, soziale Absicherungen wurden massiv geschwächt, der Mindestlohn um 22% gesenkt, die Tarifverträ-

ge und andere Rechte für noch Beschäftigte demontiert.

Die Arbeitslosigkeit liegt jetzt bei 27%, unter Jugendlichen sogar bei über 50%. Das Land braucht eine wirtschaftliche Perspektive jenseits der gescheiterten Austeritätspolitik.

Gewerkschaften müssen Solidarität zeigen und sich nicht durch die bürgerliche Hetze einschüchtern lassen. **ver.di aktiv** fordert die Streichung der griechischen Staatsschulden sowie keine weiteren Kürzungen bei Löhnen und Renten!

Solidarität mit Griechenland!



Aus den Personalversammlungen

In den letzten Monaten wurden auf allen Dienststellen der BVG Personalversammlungen durchgeführt. Im Fahrbereich war die Beteiligung eher gering. In einigen Bereichen wurden die Freistellungsanträge nicht genehmigt, weil Personalmangel herrschte.

Der Vorstand glänzte wieder einmal mit guten Zahlen. Die BVG hat mehr AbonnentInnen bekommen. Die Fahrgeldeinnahmen steigen. Bei den Fahrgastzahlen wird die BVG die Milliardengrenze noch in diesem Jahr erreichen. Die BVG hat dieses Jahr 17 Millionen Euro Plus gemacht. Die Pünktlichkeit stimmt. Die Fahrzeugverfügbarkeit ist OK. In der Technik läuft alles einwandfrei.

Die Fahrgäste sind zufrieden. Der Senat ist zufrieden. Der Vorstand ist zufrieden. Alles läuft nach Plan.

So klang es in den Aussagen der Vorstandsmitglieder, BereichsleiterInnen und DienststellenleiterInnen.

Ist wirklich alles Gold, was glänzt?

Je tiefer man in der Hierarchie bei der BVG heruntergeht, desto schlechter wird die Stimmung. Die an der Basis, die für die guten Zahlen zuständig sind, müssen dafür einen hohen Preis zahlen! Die Fahrzeiten sind teilweise nicht erfahrbar! Die Wende- und Kehrzeiten sind sehr oft zu kurz. Die Pausenräume sind, trotz Verbesserungen in einigen Dienststellen, in einem traurigen Zustand. Viele Kolleginnen und Kollegen verbringen ihre Blockpausen im Freien.

Im Busbereich, im U-Bahnbereich, bei der Straßenbahn und in der Technik fehlt Personal. Die Leistung muss mit Überstunden abgedeckt werden. Viele Kolleginnen und Kollegen arbeiten bis zum Umfallen, somit wird die Gesundheit massiv aufs Spiel gesetzt.

Wir haben alle einen verantwortungsvollen Job. Dieser wird jedoch nicht entsprechend fi-

nanziell honoriert. Auch deshalb werden Überstunden gemacht. Im „Frei“ klingelt das Telefon mit der Bitte, zusätzliche Dienste zu fahren. Die KollegInnen, die in einer Befristung stehen, machen fast alles, was der Betrieb verlangt. Teilweise fahren sie auch mit hohem Fieber, um sich keine Fehltag zu leisten. Sie fühlen sich als Entrechtete!

Alles in allem werden die Arbeitsbedingungen nicht dem angepasst, was in der Stadt Berlin mit ständigen Baustellen, Umleitungen, Staus sowie teilweisen „schwierigen“ Fahrgästen zu leisten ist.

Seit Einführung des TV-N im Jahre 2005 sind circa 7.000 KollegInnen hinzugekommen, das bedeutet, dass ebenso viele das Unternehmen verlassen haben. Die BVG sparte durch Wegfall des Sicherheitsbetrages und der Differenz der Stufenregelung bisher rund eine halbe Milliarde (500.000.000,-) Euro. Und jetzt jeden Monat rund 6,3 Millionen,

Tendenz steigend. (Eigenrecherche).

Sehr verehrte Vorgesetzte, sehr verehrte Vorstandsmitglieder, die Negativliste ist noch länger. Aber es reicht! Sorgen Sie dafür, dass die KollegInnen an den guten Zahlen ihren gerechten Anteil bekommen. Sorgen Sie dafür, dass wir vernünftige Arbeitsbedingungen haben. Gute Arbeit braucht gute Arbeitsbedingungen!

Wenn Sie an die Gesundheit ihre MitarbeiterInnen denken, dann unternehmen Sie etwas, so dass die KollegInnen gesund bis zum gesetzlichen Rentenalter arbeiten können.

Mit dem Lohn, den wir bei der BVG verdienen, erwartet uns in Zukunft Altersarmut! Sorgen Sie dafür, dass die KollegInnen den Lohn erhalten, der nach ver.di-Angaben nicht unter Brutto 2.500,- Euro monatlich liegen darf, um später nicht in Altersarmut zu kommen.

Dann sind auch diejenigen zufrieden, die es verdienen!



Kollege Musti, Nr. 4



Dienstkleidungs-tragepflicht

Seit mehreren Monaten beschäftigt sich der Vorstand mit der Tragepflicht. Dazu gibt es mehrere Optionen:

Option I: Jede/r Dienstkleidungsträger/in bekommt ein Schließfach auf seiner/ihrer Dienststelle, um sich umkleiden zu können. Die Zeit für das Umziehen muss bezahlt werden. Diese Option ist zu teuer.

Option II: Die Tragepflicht besteht weiterhin. Dann bekommt jede/r pauschal eine Zeitgutschrift! Diese Option kostet auch etwas.

Option III: Die Tragepflicht wird abgeschafft. Jede/r soll selber entscheiden, ob er/sie die Dienstkleidung tragen will oder nicht. Für die Erkennbarkeit des Fahrpersonals muss sich der Betrieb etwas einfallen lassen.

Nicht schwer zu ahnen, welche Option der Betrieb favorisiert.